

## DAS THEMA

Die CDU in Thüringen entdeckt nach jahrelangem, meist erbittertem – und nur durch Volksbegehren zu überwindendem – Widerstand in der Opposition die direkte Demokratie für sich und fordert nun sogar ihren Ausbau. Im letzten Landtagsplenum vor der Sommerpause lag den Abgeordneten eine Verfassungsänderung vor, mit der die CDU das so genannte „fakultative Referendum“ in Thüringen ermöglichen will.

Bürgerinnen und Bürger sollen mit Hilfe der Unterschriften von 50.000 Stimmberechtigten durchsetzen können, dass ein schon vom Parlament beschlossenes Gesetz für seine endgültige Anwendbarkeit nochmals in einem Volksentscheid zur Abstimmung gestellt wird.

Dieses direkt-demokratische Instrument gibt es seit langem schon in der Schweiz. Dazu Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der LINKE-Fraktion, in der Landtagsdebatte: „Die Fraktion DIE LINKE befürwortet ausdrücklich die Einführung weiterer direktdemokratischer Instrumente im Allgemeinen und die Einführung des fakultativen Referendums im Konkreten – allerdings ohne Verhuzung durch einen Abgabenvorbehalt oder weitreichenden Finanzvorbehalt.“

Der Finanzvorbehalt bedeutet, dass über Gesetzentwürfe, die nicht unerhebliche Mehrkosten oder finanzielle Verschiebungen im Landeshaushalt bewirken, nicht im Wege des Volksbegehrens abgestimmt werden kann. Dieser Ausschlussgrund ist zusammen mit der Unzulässigkeit von Volksbegehren zu Abgabenfragen, zu Dienstbezügen und Personalentscheidungen in Artikel 82 der Thüringer Verfassung verankert. Damit sind zurzeit viele

# Referendum, aber dann richtig

**Plötzlich entdeckt die CDU die direkte Demokratie für sich**

wichtige Themen von der direkten Demokratie in Thüringen ausgeschlossen.

Der CDU-Gesetzentwurf stützt sich für das Modell des fakultativen Referendums im Grundsatz auf die Regelung in der Schweizer Bundesverfassung. Gleichzeitig entwertet aber die CDU-Fraktion ihren Reformvorschlag in seiner Wirksamkeit, weil sie den Thüringer Finanzvorbehalt über einen Verweis in ihren Gesetzentwurf einbaut.

Dazu nochmals LINKE-Abgeordnete Anja Müller in der Landtagsdebatte: „...diesen Finanzvorbehalt wollen Sie auch in Ihrem aktuellen Entwurf nicht anrühren. Da muss ich Sie nun fragen: Haben Sie da was übersehen oder wollen Sie die Bevölkerung aktuell zu ei-

kratieshow aus aktuellem Anlass, um damit Ihre Unzufriedenheit als Oppositionspartei zu überdecken?“ Die CDU entdeckt die direkte Demokratie also auch, um sie in Sachen Gebietsreform für ihre Zwecke einzuspannen.

Heraus kommt in dem Gesetzentwurf eine Konstruktion, die mit dem „Original“ des fakultativen Referendums nichts zu tun hat. Denn in der Schweiz gibt es in Sachen direkte Demokratie keinen Finanz- und Abgabenvorbehalt. Im Gegenteil: Dort gibt es auch das „obligatorische Referendum“.

Das bedeutet: Bestimmte Gesetze und Vorhaben müssen für ihre Wirksamkeit und Umsetzung zwingend den Stimmbürgern in einem Volksentscheid zur Abstimmung vorgelegt wer-



nem Volksbegehren gegen die Gebiets- und Kommunalreform aufrufen, welches die finanziellen Aspekte dieser geplanten Gesetze ausklammert? Wie Sie darauf kommen und was das für Ihre Haltung gegenüber dem souveränen und mündigen Bürger bedeutet, das müssen Sie der Bevölkerung bitte erklären. Wollen Sie wirklich eine direkte Demokratie oder nur ein wenig Demo-

den – gerade auch dann, wenn es darum geht, viele Steuergelder auszugeben.

So gab es z.B. für den neuen Gottard-Basis-Tunnel – der vor allem aus Umweltschutzgründen den LKW-Verkehr von den Alpenstraßen auf die Schiene verlagern soll – drei Volksentscheide. Zwei für Planung und Umsetzung des Großprojekts (mit 57 km längster Eisenbahntunnel der Welt) und einen zum Finanzierungskonzept, das auch Steuererhöhungen beinhaltet. Das Projekt ist nun etwas früher als geplant fertig geworden und hat den bewilligten Finanzrahmen deutlich eingehalten. Ein sehr gutes Beispiel für die positiven Wirkungen der direkten Demokratie.

Wissenschaftliche Untersuchungen über die direkte Demokratie in der Schweiz und anderen Ländern belegen: In direkt-demokratischen Entscheidungen werden genauso sinnvolle und wirtschaftlich vernünftige Entscheidungen getroffen – oft sogar vernünftiger – als in den Parlamenten. Wichtig dazu ist aber eine sachlich fundierte und umfassende Themen- und Projektdiskussion mit entsprechenden Informationen im Vorfeld einer Abstimmung.

Mittlerweile gibt es eine Form des fakultativen Referendums auch im Stadtstaat Hamburg. Also genügend Stoff und praktische Erfahrungen, um – wie vom Landtag beschlossen – den CDU-Gesetzentwurf im Innen- und im Justizausschuss mit einer Anhörung weiter zu beraten.

## KURZ UND PRÄGNANT

**Stefan Sandmann verbreitet Angst**

Stefan Sandmann, Vorsitzender des Vereins „Freiheit und Demokratie“, sorgte sich in der Ostthüringer Zeitung (OTZ v. 19. Juli) um die parteipolitische Neutralität des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieser hatte sich in einem Schreiben an die DGB-Kreis- und -Stadtvorsitzenden gewandt und Position bezogen zur Gebietsreform und zum Volksbegehren des Vereins, dem Sandmann vorsitzt.

Dazu Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Als ehemaliges Gewerkschaftsmitglied sollte Herr Sandmann eigentlich wissen, wie Gewerkschaften funktionieren und auch, wie deren Dachverband, der DGB, seine Beschlüsse fasst. Offenbar ist das jedoch in Vergessenheit geraten – genau wie die Tatsache, dass es natürlich auch Aufgabe des DGB ist, politische Position zu beziehen, ja, dass dieser sogar der politische Arm der Mitgliedsgewerkschaften ist.“

Stefan Sandmann echauffierte sich in der OTZ über ein Schreiben, das die Bezirksleitung des DGB an die Kreis- und Stadtvorsitzenden der DGB-Kreise geschickt hatte, vermied es jedoch tunlichst, die ganze Wahrheit zu sagen. „Zur Wahrheit gehört auch, dass der DGB sich in seinem Schreiben auf einen Beschluss aus dem März 2014 bezieht, in dem er die Anforderungen an eine künftige Landesregierung formulierte und die vorige Regierung dafür kritisierte, eine Funktional- und Kreisgebietsreform nur als Einsparprogramm durchzuführen zu wollen“, kommentierte Rainer Kräuter und ergänzte:

„Außerdem ist es ja nicht so, dass der DGB sich per se gegen Volksbegehren ausspricht. Schließlich hat er seit den 90er Jahren stets dafür gestritten, Hürden für Volksbegehren abzusenken und mehr Demokratie zu ermöglichen. Die Kritik, die der DGB jedoch an dem Volksbegehren hat, das Sandmanns Verein starten will, ist durchaus gerechtfertigt, denn statt sachlich und konstruktiv zu kritisieren, streut der Verein mit Angstmacherei Sand in die Augen der Thüringerinnen und Thüringer!“

Abschließend sagte Rainer Kräuter: „Wenn Herr Sandmann nicht nachvollziehen kann, warum der DGB die Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Betriebs- und Personalräte in die zukünftigen Entscheidungen fordert und eben weil dies passiert, der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform offen gegenübersteht, dann hat er Gewerkschaften grundsätzlich nicht verstanden. Ich bin jedoch gerne bereit, Herrn Sandmann das nochmal in Ruhe zu erläutern.“

## Undurchsichtiger CDU-Kurs

„Der Kurs der CDU bei der jetzt angelaufenen Gebietsreform ist völlig undurchsichtig“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel.

Auf der einen Seite kündigen CDU-Funktionäre wie Mario Voigt an, ein mögliches Volksbegehren gegen das vom Landtag beschlossene Vorschaltgesetz aktiv zu unterstützen, auf der anderen Seite beklagt Fraktions- und Landesvorsitzender Mike Mohring, dass, nachdem das Gesetz gerade mal fünf Tage in Kraft getreten ist, noch keine Anwendungshinweise vom zuständigen Ministerium vorliegen würden. „Der eine will das Gesetz im Gesamten stoppen, und dem anderen geht die Umsetzung nicht schnell genug. Daraus soll man jetzt schlau werden“, meinte Frank Kuschel.

Es sei an der Zeit, dass die CDU als stärkste Oppositionskraft mit hoher kommunalpolitischer Verankerung endlich Klarheit schaffe. „Viele kom-

munalpolitische Verantwortungsträger der Union machen sich vor Ort auf den Weg und suchen im Zuge der Gebietsreform nach bestmöglichen Entwicklungsperspektiven für ihre Region. Diesen Kurs sollte die CDU auf Landesebene aktiv unterstützen und ihre Blockadehaltung gegen eine Gebietsreform im Freistaat aufgeben“, forderte der LINKE Kommunalexperte.

In der Pressemitteilung hatte Mike Mohring u.a. gesagt, dass Rot-Rot-Grün die Freiwilligkeitsphase viel zu knapp bemessen und somit entwertet habe. Und wörtlich weiter: „Umso unerlässlicher wären gesicherte Hinweise an die Kommunen zur konkreten Anwendung des Vorschaltgesetzes. Die CDU-geführte Vorgängerregierung hat erfolgreich auf echte Freiwilligkeit gesetzt und die CDU-Fraktion unterstützt solche Schritte der Kommunen auch jetzt ausdrücklich. Die rot-rot-grüne Freiwilligkeit taugt dagegen längst nicht mehr als Feigenblatt für die geplanten Zwangsfusionen.“